

Bezirksamt Wandsbek
Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt
Bauprüfabteilung WBZ 2
Schloßgarten 9

22041 Hamburg

Verfahren: Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HbauO

Einwand gegen die Nutzung des Gebäudes im Pulverhofweg 94 als Clearingstelle für 40 geflüchtete minderjährige Jugendliche

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die direkten Nachbarn/ Anwohner im Pulverhofsweg und Umgebung, möchten hiermit unsere Bedenken zur o.G Nutzungsänderung des neu erbauten Hauses im Pulverhofsweg 94 zum Ausdruck bringen.

Begründung:

Das Gebäude wurde zunächst als Wohngebäude mit 12 Wohneinheiten genehmigt und erbaut. Kurzfristig wurde eine Nutzungsänderung als Erstversorgungseinrichtung/Clearingstelle beantragt.

Uns bereitet die geplante dortige Unterbringung von 40 männlichen minderjährigen Flüchtlingen deshalb Sorge, weil:

a.) Das Grundstück des Gebäudes nicht für diese Personengruppe konzipiert wurde!

Eine Außenfläche mit 120 qm für 40 männliche Jugendliche (egal welcher Nationalität) ist nicht ausreichend, um sich körperlich und mental abzulenken und zu betätigen. Es sind bei dieser Anzahl der Jugendlichen Spannungen und Konflikte vorprogrammiert (Pubertät, unterschiedliche Nationalitäten, unterschiedliche Weltanschauungen durch unterschiedliche Konfessionen, Traumatisierung, weitere psychische Probleme/ Erkrankungen etc.). Dies zeigen auch die Erfahrungen anderer Clearingstellen in Deutschland. Eine soziale Einrichtung dieser Größe ist in einem Wohngebiet mit überwiegenden Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen sozial unverträglich.

b.) Die 24/7 Betreuung der Jugendlichen nach unserer Auskunft nicht gewährleistet ist.

Gerade diese Gruppe von Geflüchteten benötigt aufgrund von Traumatisierung / fehlenden Eltern eine besondere rundum Betreuung durch Erzieher und Psychologen. Ferner benötigen sie ein vernünftiges Sportangebot.

Dieses Angebot kann die Fläche im Pulverhofsweg 94 für 40 Jugendliche nicht leisten. Auch die Sportvereine und Jugendclubs in der Umgebung sind bereits überfüllt. Zudem wurde uns bereits mitgeteilt, dass nicht genügend Betreuungspersonal für die hohe Anzahl an Jugendlichen zur Verfügung stehen wird. Außerdem soll, soweit wir informiert sind, ein Sicherheitsdienst die Nachtbetreuung der Flüchtlinge übernehmen anstelle ausgebildeter Betreuer*innen. Dies stellt insgesamt eine unzumutbare Situation, sowohl für die Jugendlichen als auch für uns Anwohner, dar und birgt darüber hinaus ein enorm hohes Risikopotential.

Darüber hinaus ist eine Integration der Flüchtlinge in das Wohngebiet und das Wohnumfeld aufgrund Ihrer kurzen Verweildauer überhaupt nicht möglich. Auch wenn die Stadt gerade an ihre Kapazitäten bezgl. der Flüchtlingsunterbringung stößt, so ist gerade dieses Vorhaben ein „Schnellschuss“ seitens der Stadt/ Behörden .

Die Tatsache, dass Flüchtlinge untergebracht werden müssen, ist mittlerweile wohl jedem Bewohner in der BRD bewusst.

Jedoch ist der Stadtteil Farmsen/ Berne bezüglich der Aufnahme von Flüchtlingen bereits an seine Kapazitätsgrenzen gestoßen. Eine sozial verträgliche Verteilung der Flüchtlinge findet seitens der Stadt Hamburg überhaupt nicht statt. Es werden immer wieder die gleichen Bezirke/Stadteile für die Unterkünfte herangezogen, was zu sozialen und politischen Spannungen führen wird und für die Bewohner*innen unzumutbar ist. Dagegen wehren wir uns!

Wir möchten, dass unsere Sorgen als Bürger dieser Stadt Ernst genommen werden und nicht als rassistisch abgetan werden. Sorgen und Nöte der Anwohner sollten im Dialog mit den verantwortlichen Entscheidern stehen. Wir sind nicht gegen Flüchtlinge, sondern gegen das radikale Vorgehen der Stadt in Puncto Unterbringung, ohne Berücksichtigung der tatsächlichen Gegebenheiten.

Unsere Forderungen:

Deutliche Verkleinerung der Anzahl unbegleiteter männlicher minderjähriger Flüchtlinge (10 – 20 max.) im Pulverhofsweg 94. Unterbringung aber keine Nutzung als Clearingstelle damit eine Integration überhaupt ermöglicht wird.

Bevorzugung anderer Flüchtlingsgruppen, d.h. vor allem die vom Krieg bedrohten **Frauen mit ihren Kinder** unter 14 Jahren aus der Ukraine. Diese müssen momentan in den Messehallen unterkommen. Ferner **Familien**, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland aufbauen möchten.

Reduzierung der Nutzungsdauer von 10 Jahren (Halbierung).

Mit freundlichen Grüßen

Die Anwohner*innen der Straßen: Pulverhofsweg, Barenkrug, Bullskamp, Paracelsusstr., Rahlstedter Weg.

Anlage
Unterschriften der Anwohner*innen (2 Seiten)